

5732/AB XX.GP

Die Abgeordneten zum Nationalrat Muraud und Kollegen haben am 26. März 1999 unter der Nr. 6050/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Einführung eines prämiertenorientierten Vorschlagswesens im öffentlichen Dienst“ gerichtet. Diese Anfrage beantworte ich wie folgt:

Zu 1:

Ich begrüße selbstverständlich Mittel und Maßnahmen, die geeignet sind, die Motivation der Mitarbeiter zu erhöhen, neue Ideen und Vorschläge einzubringen, durch welche die Effizienz der Verwaltung weiter erhöht werden kann.

Zu 2 und 4:

Ja. Im Bundesministerium für Landesverteidigung wurde das betriebliche Vorschlagswesen im März 1979 eingeführt. Es sieht vor, daß Vorschläge, die durch eine aufbau - organisatorische oder technische Änderung eine Verbesserung der Arbeitsweise der Verwaltung bzw. der Ausbildung im Bundesheer erwarten lassen, durch eine Kommission prämiert werden können, wenn sie eine neue Idee enthalten, realisierbar sind und durch ihre Umsetzung ein Rationalisierungseffekt eintritt.

Zu 3:

Entfällt.

Zu 5:

Prämien werden als Belohnungen ausbezahlt, wobei jährlich kein fixer Betrag dafür vorgesehen ist.

Zu 6:

In den letzten zehn Jahren wurden rund 125.000,- öS für Prämien aufgewendet. Darüber hinaus werden besondere Leistungen von Bediensteten gemäß § 19 Gehaltsgesetz 1956 durch Belohnungen honoriert.

Zu 7:

Im April 1999 waren im Ressortbereich des Bundesministeriums für Landesverteidigung rund 25.000 Bedienstete beschäftigt. In den letzten zehn Jahren wurden in meinem Ressort rund 370 Vorschläge eingebracht, von denen rund 50 prämiert und auch verwirklicht wurden.

Zu 8 und 9:

Die Zahlen der eingebrachten und der prämierten Vorschläge beweisen, welche hohe Akzeptanz das betriebliche Vorschlagswesen in meinem Ressort genießt. Besonders erwähnenswert erscheint mir dabei die große Anzahl der tatsächlich verwirklichten Vorschläge. Durch verstärkte Motivation von Mitarbeitern, Ideen und Vorschläge einzubringen, wird eine weitere Steigerung der Effizienz des betrieblichen Vorschlagswesens angestrebt.

Zu 10:

Bei einer allfälligen Beiziehung von kommerziellen Betriebsberatern, die Vorschlagsysteme in der Privatwirtschaft eingeführt haben, ist in Betracht zu ziehen, daß die öffentliche Verwaltung im Unterschied zur Privatwirtschaft nicht gewinnorientiert ausgerichtet ist und sich das bestehende Vorschlagswesen bewährt hat.